

## Schriftliche Fragen

mit den in der Woche vom 1. bis 4. September 2015  
eingegangenen Antworten der Bundesregierung

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	16	Leutert, Michael (DIE LINKE.) .....	23, 24
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	25, 26, 27	Mihalic, Irene (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	13
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	33	Mutlu, Özcan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	14, 34
Haßelmann, Britta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ...	1	Dr. Neu, Alexander S. (DIE LINKE.) .....	7, 8, 9, 10
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	31	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ...	35
Hunko, Andrej (DIE LINKE.) .....	11	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	32
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.) .....	12	Petzold, Harald (Havelland) (DIE LINKE.) .....	3, 4, 29
Karawanskij, Susanna (DIE LINKE.) .....	18, 19, 20	Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.) .....	22
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	2	Dr. Troost, Axel (DIE LINKE.) .....	21
Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	28	Walter-Rosenheimer, Beate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	5, 15
Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	17	Dr. Wilms, Valerie (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30
Kunert, Katrin (DIE LINKE.) .....	6		

**Verzeichnis der Fragen nach Geschäftsbereichen der Bundesregierung**

	<i>Seite</i>		<i>Seite</i>
<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie</b>		<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern</b>	
Haßelmann, Britta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	
Mitarbeiter der Bundesministerien mit Berechtigung zur Einsicht der TTIP-Unterlagen im Leseraum der US-amerikanischen Botschaft in Berlin .....	1	Informationen über den Marokkaner Ayoub El K. in Informationssystemen deutscher, europäischer oder internationaler Sicherheitsbehörden .....	6
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	
Erkenntnisse zum so genannten Stresstest der Konzernrückstellungen für Atomkraftwerke-Rückbau und Atommüll-Entsorgung..	1	Mögliches Asylersuchen des früheren Istanbulers Staatsanwalts Z. Ö. in der Bundesrepublik Deutschland .....	7
Petzold, Harald (Havelland) (DIE LINKE.)		Mihalic, Irene (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Verwendung der vom BMWi für den Bundeshaushalt 2016 angekündigten Filmförderungsmittel und Kriterien für eine Vergabe...	2	Erkenntnisse zur Ausreise des in einem Thalys-Schnellzug entwaffneten mutmaßlichen Attentäters über Berlin in die Türkei.....	7
Verwendung der vom BMWi für den Bundeshaushalt 2016 angekündigten Filmförderungsmittel und Kriterien für eine Vergabe...	2	Mutlu, Özcan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Walter-Rosenheimer, Beate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		Vom BMI zu Gesprächen über Leistungssportförderung eingeladene Sportfachverbände .....	8
Derzeitiger Umsetzungsstand der im Rahmen der Allianz für Aus- und Weiterbildung angekündigten Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität der dualen Ausbildung .....	3	Walter-Rosenheimer, Beate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
<b>Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts</b>		Vorgehen der Sicherheitskräfte während der politisch motivierten Ausschreitungen Rechtsextremer im sächsischen Heidenau im August 2015 .....	8
Kunert, Katrin (DIE LINKE.)		<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz</b>	
Verhältnis von islamistischen Milizen in Syrien zum so genannten Islamischen Staat und zur Freien Syrischen Armee .....	4	Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Dr. Neu, Alexander S. (DIE LINKE.)		Erneute Erteilung eines Patents auf eine konventionell gezüchtete Nutzpflanzensorte durch das Europäische Patentamt .....	9
Zeitraum der Verlegung von US-amerikanischen F-22-Raptor-Kampfflugzeugen an Standorte in Europa und diesbezügliches Training mit bestimmten NATO-Staaten .....	4	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Vermeidung einer weiteren Eskalation in Osteuropa und mit Russland infolge der Verlegung von US-amerikanischen F-22-Kampfflugzeugen nach Europa .....	5	Vorlage und Inhalt einer Reform des Wohnungseigentumsgesetzes .....	10
		<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen</b>	
		Karawanskij, Susanna (DIE LINKE.)	
		Vermeidung der Umgehung des Kleinanlegerschutzgesetzes .....	10

	Seite		Seite
Vorbereitende Beteiligung eines Versicherungsunternehmens bzw. seiner Tochtergesellschaft an Entscheidungen der Bundesregierung in dieser Legislaturperiode .....	11	Rechtlicher Klärungsbedarf hinsichtlich der Mitnahme von Sauerstoffflaschen von Menschen mit Behinderung in Fernbussen .....	19
Gremien mit Beteiligung des Bundes und eines Versicherungsunternehmens bzw. seiner Tochtergesellschaft .....	13	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Dr. Troost, Axel (DIE LINKE.)		Zuständige Behörde für einen Antrag der DFS Deutsche Flugsicherung GmbH zur Errichtung des VORTAC in der Gemeinde Nörvenich .....	19
Höhe und Ausschöpfung des möglichen Verschuldungspotentiels im Bundeshaushalt .....	14	Petzold, Harald (Havelland) (DIE LINKE.)	
<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft</b>		Vorschläge der Stadt Oranienburg zur Rekonstruktion und erneuten Inbetriebnahme der Friedenthaler Schleuse .....	19
Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.)		Dr. Wilms, Valerie (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Rückschlüsse aus dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes zum Grundstücksverkehrsgesetz zur Privatisierungspraxis der BMG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH .....	16	Einbringung einer zusätzlichen Dringlichkeitskategorie „Vordringlicher Bedarf plus“ in den Bundesverkehrswegeplan .....	20
<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung</b>		<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit</b>	
Leutert, Michael (DIE LINKE.)		Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Inkenntnissetzung des Deutschen Bundestages über die Verwertung der Waffen und der Ausrüstung der ehemaligen Nationalen Volksarmee .....	17	Durchführung von Joint-Implementation-Projekten auf dem Gebiet der Russischen Föderation und der Ukraine durch deutsche Unternehmen .....	20
Bericht zum Endverbleib der Waffen und der Ausrüstung der ehemaligen Nationalen Volksarmee .....	17	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur</b>		Etwaige Stilllegung von ETS-Emissionszertifikaten .....	25
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung</b>	
Regelung für Radfahrer zum Rechtsabbiegen an roten Ampeln .....	17	Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Federführendes Referat des BMVI für die Fertigstellung des Handbuchs zu barrierefreiem Fernbusverkehr .....	18	Besprochene Themen aus den Bereichen Bildung, Innovation und Wissenschaft bei der deutsch-brasilianischen Regierungskonsultation im August 2015 .....	26
		Mutlu, Özcan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
		Bundesweites Studienprogramm zur finanziellen Förderung von Ausgleichsmaßnahmen für Antragsteller mit Wohnsitz in Deutschland ohne Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II oder dem SGB III .....	29

*Seite*

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit und  
Entwicklung**

Nouripour, Omid

(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gewährleistung der Sicherheit von zivilen  
Aufbauarbeitern in Afghanistan ..... 29

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für  
Wirtschaft und Energie**

1. Abgeordnete **Britta Haßelmann**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Bis zu welcher Ebene sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesministerien berechtigt, im Leseraum der US-amerikanischen Botschaft in Berlin, zu dem Abgeordnete des Deutschen Bundestages bislang keinen Zugang haben, die Unterlagen zu Verhandlungen zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) einzusehen, und durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter welcher Ebene wurde dieser Zugang bisher genutzt?

**Antwort des Staatssekretärs Matthias Machnig  
vom 4. September 2015**

Die im Leseraum der US-Botschaft ausliegenden Dokumente können von allen von der Bundesregierung angemeldeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundesministerien eingesehen werden. Die Nutzungsbedingungen machen keine Vorgaben zur Amtsbezeichnung der Personen, die zur Nutzung berechtigt sind.

Die Bundesregierung hat 139 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fachministerien für den Leseraum der US-Botschaft angemeldet. Zugangsberechtigt sind derzeit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fachministerien von Referenten-, Referats- bis Abteilungsleitungsebene. Die Liste der zugangsberechtigten Personen wird fortlaufend angepasst.

Bisher wurden die begrenzt verfügbaren Zeitfenster im seit dem 18. Mai 2015 geöffneten Leseraum vorrangig von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der fachlich betroffenen Bundesministerien genutzt, in deren Zuständigkeitsbereich Texte ausliegen. Der Zugang wurde, da es sich um technische Dokumente handelt, von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf Referenten- und Referatsleiterebene genutzt.

2. Abgeordnete **Sylvia Kötting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Liegen der Bundesregierung bereits – ggf. auch informelle – Zwischenstände-, -ergebnisse, -erkenntnisse, etc. aus dem sogenannten Stresstest der Konzernrückstellungen für Atomkraftwerke-Rückbau und Atommüll-Entsorgung vor (ggf. bitte angeben; zum Stresstest vgl. die Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Uwe Beckmeyer, auf meine Mündliche Frage 14 in der Fragestunde vom 20. Mai 2015, Plenarprotokoll 18/105, S. 9997 (B)), und wie lautet der betreffende Auftrag der Bundesregierung an den Auftragnehmer, die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Warth und Klein (vgl. hierzu beispielsweise Handelsblatt vom 13. August 2015, „Haften bis zum letzten Tag“), hinsichtlich Auftragsinhalten und Fristen im vollständigen Wortlaut?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Rainer Sontowski  
vom 1. September 2015**

Der Gutachtenauftrag zum sogenannten Stresstest der von den Kernkraftwerke betreibenden Unternehmen gebildeten Rückstellungen für Rückbau und Entsorgung sieht nicht vor, dass schriftliche Zwischenergebnisse vorgelegt werden. Die Ablieferung des Gutachtens soll im September dieses Jahres erfolgen.

Hinsichtlich des Inhalts des Auftrags der Bundesregierung an die genannte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wird auf die in der Frage genannte Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Uwe Beckmeyer, Bezug genommen. Ziel ist eine unabhängige gutachterliche Stellungnahme zu den Fragen der Vollständigkeit der von den Unternehmen zugrunde gelegten Aufgaben und Kostenarten, der Frage der korrekten Rückstellungswertmittlung, d. h. der Übereinstimmung der bilanzierten Rückstellungswerte mit Referenzwerten, und zu den vorhandenen Vermögenswerten im Hinblick auf deren Eignung für die Finanzierung der künftigen Rückbau- und Entsorgungskosten. Neben der gutachterlichen Bewertung soll die Stellungnahme auch der Transparenz von Kostenarten und zeitlicher Perspektive dienen.

- |   |  |
|---|--|
| 3. Abgeordneter<br><b>Harald Petzold</b><br><b>(Havelland)</b><br><b>(DIE LINKE.)</b> | Für welche Projekte werden die vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) für den Bundeshaushalt 2016 angekündigten 10 Mio. Euro Filmförderungsmittel verwendet (bitte nach den einzelnen Projekten aufschlüsseln)? |
|---|--|

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Rainer Sontowski  
vom 2. September 2015**

Das geplante Filmförderprogramm des BMWi soll Ende 2015 startklar sein. Erst nach Inkrafttreten der entsprechenden Förderrichtlinie können Förderanträge gestellt werden. Vorbehaltlich der parlamentarischen Zustimmung werden ab dem 1. Januar 2016 10 Mio. Euro für das Förderprogramm zur Verfügung stehen. Es ist insofern zum jetzigen Zeitpunkt noch offen, welche konkreten Projekte über das Förderprogramm des BMWi gefördert werden.

- |   |   |
|---|---|
| 4. Abgeordneter<br><b>Harald Petzold</b><br><b>(Havelland)</b><br><b>(DIE LINKE.)</b> | In welchem Verhältnis stehen die 10 Mio. Euro Filmförderungsmittel des BMWi zur Filmförderung der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, und nach welchen Kriterien werden sie vergeben? |
|---|---|

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Rainer Sontowski  
vom 2. September 2015**

Bei dem geplanten Förderprogramm des BMWi handelt es sich um ein eigenständiges Förderprogramm mit anderer Ausrichtung und anderen

Kriterien als bestehende Förderprogramme. Der Fokus des Förderprogramms des BMWi liegt dabei klar auf einer Wirtschafts- und Innovationsförderung. Das Förderkonzept des BMWi sieht die Förderung hochkarätiger Serienformate und international koproduzierter Filme in Deutschland vor, wobei der Einsatz innovativer Technik besonders honoriert wird. Das Konzept orientiert sich an der speziellen Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft des Filmstandorts Deutschland.

5. Abgeordnete **Beate Walter-Rosenheimer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wie ist der derzeitige Umsetzungsstand der im Rahmen der Allianz für Aus- und Weiterbildung angekündigten Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität der dualen Ausbildung, und welche dieser Maßnahmen zielen insbesondere darauf ab, die Attraktivität und Qualität von Ausbildungsberufen im Gastronomie- und Hotelgewerbe zu erhöhen?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Rainer Sontowski  
vom 2. September 2015**

Die Ende 2014 von der Bundesregierung, der Bundesagentur für Arbeit, der Wirtschaft, den Gewerkschaften und den Ländern unterzeichnete Allianz für Aus- und Weiterbildung 2015–2018 hat das zentrale Ziel, die Attraktivität und Qualität der beruflichen Bildung weiter zu stärken. Sie verfolgt grundsätzlich bei den diversen Maßnahmen zu Attraktivitäts- und Qualitätssteigerung in der Ausbildung einen branchenübergreifenden Ansatz.

Im ersten Halbjahr haben die Allianzpartner u. a. die Assistierte Ausbildung auf den Weg gebracht. Mit diesem Förderinstrument können lernbeeinträchtigte oder sozial benachteiligte junge Menschen (und deren Ausbildungsbetriebe, auch aus dem Gastronomie- und Hotelgewerbe) individuell und kontinuierlich vor und während der Ausbildung begleitet und mit Blick auf die Anforderungen im Betriebsalltag und in der Berufsschule unterstützt werden. Die Bundesregierung rechnet mit rund 5 200 jungen Menschen, die ihre Ausbildung mithilfe dieses neuen Instruments im Herbst 2015 beginnen werden.

Des Weiteren entwickeln Wirtschaft und Gewerkschaften derzeit gemeinsam ein niederschwelliges Beschwerdemanagement, um Jugendliche bei Problemen mit der Ausbildungsqualität besser zu unterstützen. Das Beschwerdemanagement soll zeitnah erprobt werden. Die Länder sind zudem aufgerufen, die Qualität der Berufsschulen durch regelmäßige Evaluierung zu sichern und qualifiziertes Lehrpersonal zu gewinnen. Mit Beispielen für gute Ausbildung wollen die Partner der Allianz für Aus- und Weiterbildung zudem für eine qualitativ hochwertige Ausbildung werben.

**Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

6. Abgeordnete  
**Katrin Kunert**  
(DIE LINKE.)
- In welchem Verhältnis stehen nach Kenntnis der Bundesregierung die vor allem im Raum Aleppo gegen das syrische Regime operierenden islamistischen Milizen Jaish al-Muhajireen wal-Ansar und Faylaq al-Sham zum sogenannten Islamischen Staat (IS) und zur Freien Syrischen Armee (FSA), und welche Erkenntnisse – ggf. auch nachrichtendienstlicher Herkunft – hat die Bundesregierung hinsichtlich einer möglichen Unterstützung dieser beiden islamistischen Rebellengruppen durch die Türkei, insbesondere durch Waffenlieferungen?

**Antwort des Staatssekretärs Stephan Steinlein  
vom 3. September 2015**

Bei der Gruppierung Jaish al-Muhajireen wal-Ansar soll es sich um einen Zusammenschluss mehrheitlich tschetschenischer Kämpfer handeln. Am 18. Juli 2015 distanzierten sich Medienangaben zufolge Jaish al-Muhajireen wal-Ansar, Ahrar al-Sham und die Nusra-Front in einer gemeinsamen Erklärung vom Islamischen Staat und erklärten ihm den Kampf.

Obwohl sich die jihadistische Kleinstgruppierung Jaish al-Muhajireen wal-Ansar in der Vergangenheit mehrfach kritisch gegenüber dem Islamischen Staat geäußert hat, weigert sie sich nach Erkenntnissen der Bundesregierung, militärisch gegen den IS vorzugehen. Moderaten Gruppierungen, die oftmals unter dem Begriff der sogenannten Rest-FSA zusammengefasst werden, steht die Jaish al-Muhajireen wal-Ansar kritisch gegenüber.

Bei der Gruppierung Faylaq al-Sham handelt es sich um eine der wenigen noch im Nordwesten Syriens präsenten moderaten Rest-FSA-Gruppierungen. Von einer Feindschaft der Gruppierung zum Islamischen Staat ist nach Erkenntnissen der Bundesregierung auszugehen.

Hinsichtlich einer möglichen Unterstützung der beiden fragegegenständlichen Gruppierungen durch die Türkei liegen hier keine Erkenntnisse vor.

7. Abgeordneter  
**Dr. Alexander S. Neu**  
(DIE LINKE.)
- Für welchen Zeitraum (beginnend ab wann) sollen nach Kenntnis der Bundesregierung US-amerikanische F-22-Raptor-Tarnkappenkampfflugzeuge an Standorte in Europa verlegt werden (bitte nach Standorten aufschlüsseln), und welcher finanzielle Aufwand wird damit für die Bundesrepublik Deutschland und alle anderen NATO-Partner verbunden sein?



**Antwort des Staatssekretärs Dr. Markus Ederer  
vom 4. September 2015**

Die F-22 werden nach Kenntnis der Bundesregierung für einen Zeitraum von zwei Wochen (28. August bis 11. September 2015) auf den US-Luftwaffenstützpunkt Spangdahlem verlegt. Von dort aus sollen sie nach Kenntnis der Bundesregierung tageweise an Übungen im östlichen Bündnisgebiet teilnehmen.

Für die Bundesrepublik Deutschland entstehen hierdurch keine finanziellen Verpflichtungen. Ob andere NATO-Partner Ausgaben im Zusammenhang mit der Verlegung der F-22 tätigen, ist der Bundesregierung nicht bekannt.

8. Abgeordneter **Dr. Alexander S. Neu**  
(DIE LINKE.) Mit Kräften welcher europäischer NATO-Staaten soll nach Kenntnis der Bundesregierung im Kontext der geplanten Verlegung von US-amerikanischen F-22-Kampffjets nach Europa gemeinsam trainiert werden, und welche Szenarien sollen dabei trainiert werden?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Markus Ederer  
vom 4. September 2015**

Nach den Informationen der US-Seite nehmen die F-22 an Übungen in Polen und Estland teil. Darüber hinaus sind Übungen im deutschen und britischen Luftraum zur Verbesserung der Interoperabilität der in Europa stationierten US-Luftstreitkräfte vorgesehen. Nach Kenntnis der Bundesregierung handelt es sich dabei grundsätzlich um defensiv ausgerichtete Routineübungen im Rahmen der Rückversicherung. Über die geplanten Trainingsszenarien liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

9. Abgeordneter **Dr. Alexander S. Neu**  
(DIE LINKE.) Wie soll nach Einschätzung der Bundesregierung verhindert werden, dass die Verlegung von US-amerikanischen F-22-Tarnkappenbomben an Standorte in Europa, um damit „eine Nachricht an Moskau zu senden“ („... sending a message to Moscow ...“, [www.military.com/daily-news/2015/08/24/us-air-force-send-f22-fighter-jets-europe-response-russia.html](http://www.military.com/daily-news/2015/08/24/us-air-force-send-f22-fighter-jets-europe-response-russia.html)), zu einer weiteren Eskalation der Lage in Osteuropa sowie zu weiterer Aufrüstung führt?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Markus Ederer  
vom 4. September 2015**

Die von der NATO im Zuge des russischen Vorgehens in der Ukraine beschlossenen defensiven Maßnahmen zur Rückversicherung der besonders exponierten Bündnispartner sehen u. a. die Erhöhung der Übungsdichte vor. Die Verlegung der F-22 nach Deutschland dient insbesondere der Teilnahme an Übungen im östlichen Bündnisgebiet im Rahmen der

Rückversicherung. Gleichzeitig hält die Allianz, darunter auch die US-Seite, am Ziel eines konstruktiven, kooperativen Verhältnisses mit Russland fest, einschließlich vertrauensbildender und Transparenzmaßnahmen, zu dem sich die NATO beim Gipfel im Wales im September 2014 bekannt hat. Dazu gehört auch die Etablierung eines militärischen Krisenkontaktmechanismus mit Russland zur Vermeidung von Zwischenfällen, die auf die Initiative des Bundesministers des Auswärtigen, Dr. Frank-Walter Steinmeier, zurückgeht.

10. Abgeordneter  
**Dr. Alexander S. Neu**  
(DIE LINKE.)
- Wie positioniert die Bundesregierung sich dazu, dass aus der Tarnkappenfähigkeit der F-22-Kampfbomber und der sich daraus ergebenden eingeschränkten Frühwarnmöglichkeit, z. B. für Russland, im Falle einer Verlegung nach Europa eine erhebliche Risikoerhöhung bezüglich der (unbeabsichtigten) Auslösung eines militärischen Konflikts zwischen NATO und Russland resultiert?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Markus Ederer  
vom 4. September 2015**

Die offene Informationspolitik der USA zur vorübergehenden Verlegung der F-22 nach Europa unterstreicht die Absicht, Transparenz zu wahren. Während der Verlegung bewegen sich die Luftfahrzeuge grundsätzlich mit eingeschalteten Transpondern und sind dadurch zu orten. Darüber hinaus trägt der militärische Krisenkontaktmechanismus mit Russland dazu bei, unbeabsichtigte Eskalationsdynamiken zu vermeiden.

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

11. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(DIE LINKE.)
- Was ist der Bundesregierung darüber bekannt, mit welchen Zuordnungen bzw. Handlungsaufforderungen der in einem Thalys-Zug verhaftete Marokkaner Ayoub El K. in Informationssystemen deutscher, europäischer oder internationaler Sicherheitsbehörden gespeichert ist, und aus welchem Grund wurde der mutmaßliche „Foreign Fighter“ an einem deutschen Flughafen „intensiv kontrolliert und befragt“, obwohl er laut Medienberichten im Schengener Informationssystem (SIS) zur verdeckten Fahndung bzw. Kontrolle (Artikel 36 SIS) ausgeschrieben war, man mithin von seiner heimlichen Beobachtung eigentlich nichts erfahren sollte (rbb-online vom 24. August 2015)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ole Schröder  
vom 3. September 2015**

Die Bundesregierung äußert sich aus Gründen des Schutzes der Persönlichkeitsrechte Betroffener grundsätzlich nicht zu Einträgen in nationalen und internationalen Fahndungsdatenbanken. Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 13 der Abgeordneten Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) verwiesen.

Die Durchführung von Grenzkontrollen richtet sich nach der Verordnung (EG) Nr. 562/2006 (Schengener Grenzkodex). Darüber hinaus erfolgte anlässlich der Grenzkontrolle keine weitere intensive Befragung und Kontrolle der in der Frage genannten Person.

12. Abgeordnete  
**Ulla Jelpke**  
(DIE LINKE.)

Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, dass der frühere Istanbul Staatsanwalt Z. Ö., der im Dezember 2013 ein Korruptionsermittlungsverfahren gegen Personen aus dem Umfeld der türkischen AKP-Regierung eingeleitet hatte und gegen den die Staatsanwaltschaft Istanbul-Bakirköy am 19. August 2015 vom türkischen Justizministerium die Einleitung eines Interpol-Haftbefehls wegen „versuchten Umsturzes der Regierung“ erbeten hat, und inwieweit wurde von der Türkei bislang eine Auslieferung von Z. Ö. aus Deutschland gefordert ([www.hurriyet-dailynews.com/former-prosecutor-oz-seeks-asylum-from-germany-daily.aspx?pageID=238&nID=87450&NewsCatID=509](http://www.hurriyet-dailynews.com/former-prosecutor-oz-seeks-asylum-from-germany-daily.aspx?pageID=238&nID=87450&NewsCatID=509))?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Günter Krings  
vom 1. September 2015**

Die Bundesregierung äußert sich aus Gründen des Schutzes der Persönlichkeitsrechte Betroffener, insbesondere des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung, grundsätzlich nicht zu etwaigen einzelnen Asylverfahren oder dem Bestehen von Asylverfahren.

Sie nimmt auch zu Auslieferungsersuchen ausländischer Staaten nicht Stellung.

13. Abgeordnete  
**Irene Mihalic**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über mögliche Gründe, die den mutmaßlichen Attentäter, der jüngst in einem Thalys-Schnellzug von Amsterdam nach Paris von Mitreisenden entwandt wurde, veranlasst haben könnten, im Mai dieses Jahres über Berlin in die Türkei auszureisen, und ist insbesondere etwas über mögliche Unterstützer aus dem Umfeld gewaltbereiter Islamisten in Deutschland bekannt?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ole Schröder  
vom 2. September 2015**

Der Bundesregierung liegen bislang keine Informationen zu möglichen Kontakten des Tatverdächtigen in Deutschland vor. Die deutschen Sicherheitsbehörden stehen im engen Austausch mit den französischen und belgischen Partnern, um mögliche Verbindungen des Tatverdächtigen nach Deutschland zu ermitteln. Die französischen Behörden wurden auf Grund einer Fahndungsausschreibung zur Person im Mai dieses Jahres umgehend über dessen Ausreise von Berlin nach Istanbul informiert. Weitere Einzelheiten zu dieser Reise sind Gegenstand der andauernden Ermittlungen durch die belgischen und französischen Behörden.

- |   |   |
|---|---|
| 14. Abgeordneter<br><b>Özcan Mutlu</b><br>(BÜNDNIS 90/<br>DIE GRÜNEN) | Welche Sportfachverbände sind vom Bundesministerium des Innern in den kommenden Wochen zu Gesprächen über die Leistungssportförderung eingeladen worden, und welche Vorschläge (zum Beispiel eine Erhöhung des Eigenkapitalanteils der Fachverbände in Bezug zur Förderung) werden dabei vom Bundesinnenministerium den Sportfachverbänden vorgetragen (bitte die Vorschläge kurz begründen)? |
|---|---|

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ole Schröder  
vom 3. September 2015**

Als Nachgang zu den geführten jährlichen Meilensteingesprächen mit den Wintersportverbänden stehen mit diesen in den nächsten Wochen Finanzgespräche an. Die entsprechenden Unterlagen für diese Gespräche werden gegenwärtig erst erarbeitet. Zu den Inhalten und Vorschlägen kann die Bundesregierung derzeit daher keine Angaben machen.

Im Bereich des Sommersports ist in den kommenden Wochen lediglich nur ein Finanzierungsgespräch mit dem Deutschen Schwimm-Verband geplant. Auch hierzu werden die Unterlagen gegenwärtig erst vorbereitet, so dass hierzu noch keine näheren Angaben gemacht werden können.

- |   |  |
|---|--|
| 15. Abgeordnete<br><b>Beate<br/>Walter-Rosenheimer</b><br>(BÜNDNIS 90/<br>DIE GRÜNEN) | Hält die Bundesregierung das Vorgehen der Sicherheitskräfte während der politisch motivierten Ausschreitungen Rechtsextremer im sächsischen Heidenau am 21. und 22. August 2015 für angemessen, und welche rechtlichen Möglichkeiten bestehen ihrer Ansicht nach, um in Zukunft Gewalt gegen Asylsuchende und Flüchtlinge durch ein generelles Demonstrationsverbot vor Flüchtlingsunterkünften zu verhindern? |
|---|--|

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ole Schröder  
vom 2. September 2015**

Die Bundesregierung verurteilt Anschläge auf Asylunterkünfte aufs Schärfste. Menschen, die aus ihrer Heimat geflohen sind und in Deutschland Schutz suchen, können zu Recht erwarten, dass sie sicher untergebracht sind. Auch Gewalt gegen Polizeibeamte, die sich schützend für Asylsuchende und Flüchtlinge stellen, wird von der Bundesregierung nicht toleriert.

Allerdings fallen sowohl der Polizeieinsatz in Heidenau am 21. und 22. August 2015 als auch die Auslegung und Anwendung der Versammlungsgesetze nicht in den Verantwortungsbereich der Bundesregierung. Seit der Föderalismusreform 2006 liegt zudem die Gesetzgebungskompetenz für das Versammlungsrecht bei den Ländern.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz  
und für Verbraucherschutz**

16. Abgeordneter  
**Harald Ebner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Welche konkreten Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der jüngsten Entscheidung des Europäischen Patentamtes, erneut ein Patent auf eine konventionell gezüchtete Nutzpflanzensorte zu erteilen, die im Wesentlichen auf biologischen Züchtungsverfahren beruht (vgl. [www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/31062.html](http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/31062.html)) und welche konkreten Schritte bzw. Initiativen hat die Bundesregierung auf EU-Ebene bisher unternommen, um eine Klarstellung der EU-Biopatentrichtlinie hinsichtlich eines klaren Verbots von Patenten auf konventionell gezüchtete Pflanzen und Tiere zu erreichen, wie es der Deutsche Bundestag bereits im Jahr 2012 in einem Antrag (Bundestagsdrucksache 17/8344) gefordert hat?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Ulrich Kelber  
vom 3. September 2015**

Das betreffende europäische Patent EP1515600B1 wurde vor kurzem erteilt. Diese Entscheidung hat das Europäische Parlament in Ausübung seiner eigenen Zuständigkeit vorgenommen, auf die die Bundesregierung keinen Einfluss nimmt. Gegen erteilte europäische Patente steht jedermann binnen neun Monaten die Möglichkeit des Einspruchs vor dem europäischen Patentamt offen, danach das Nichtigkeitsverfahren vor den nationalen Gerichten.

Was die Richtlinie 98/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juli 1998 über den rechtlichen Schutz biotechnologischer Erfindungen betrifft, heißt es bereits im Koalitionsvertrag zwischen CDU,

CSU und SPD für die 18. Legislaturperiode, dass das bestehende nationale Patentierungsverbot auf konventionelle Züchtungsverfahren, daraus gewonnene Tiere und Pflanzen sowie auf deren Produkte und auf das zu ihrer Erzeugung bestimmte Material durchgesetzt werden und die einschlägigen europäischen Vorschriften präzisiert werden sollen (Koalitionsvertrag, S. 123). Die Bundesregierung verfolgt dieses Ziel. In Bezug auf die Biopatentrichtlinie ist nur ein koordiniertes europäisches Vorgehen Erfolg versprechend. Die Bundesregierung ist daher auf Arbeitsebene sowohl mit den Ministerien der anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union als auch mit der Europäischen Kommission im Gespräch und lotet die Gestaltungsspielräume aus. Für die Meinungsbildung der Europäischen Kommission ist in diesem Zusammenhang der Bericht der Expertengruppe Expert Group on the development and implications of patent law in the field of biotechnology and genetic engineering von Relevanz. Diese Expertengruppe setzt sich aus 15 Experten zusammen. Einzelheiten können der folgenden Internetseite entnommen werden: <http://ec.europa.eu/transparency/regexpert/index.cfm?do=groupDetail.groupDetail&groupID=2973&Lang=DE>. Der Bericht der Expertengruppe wird Ende des Jahres erwartet.

17. Abgeordneter  
**Christian Kühn**  
(Tübingen)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wann plant die Bundesregierung, eine Reform des Wohneigentumsgesetzes vorzulegen, und was soll diese genau beinhalten?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Ulrich Kelber  
vom 3. September 2015**

Die Bundesregierung beobachtet die Anwendung der Vorschriften des Wohnungseigentumsgesetzes sehr genau und prüft, ob sie den Anforderungen der Praxis weiterhin gerecht werden. Diese Prüfung ist noch nicht abgeschlossen.

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

18. Abgeordnete  
**Susanna  
Karawanskij**  
(DIE LINKE.)
- Inwieweit sind der Bundesregierung Sachverhalte bekannt, in denen das Kleinanlegerschutzgesetz dergestalt umgangen wird, dass Emittenten – ähnlich dem Fall „Vienna-Life“ (vgl. <http://derinvestmentcoach.com/tag/vienna-life-mattil/> vom April 2011) – den Anlegern eine „gewöhnliche“ Lebensversicherung einer Versicherungsgesellschaft anbieten, das einbezahlte Kapital dann aber in Fondsprodukten und Direktinvestments angelegt wird, ohne dass dies den Anlegern bewusst ist (z. B. Primea Life Substanzwert-Plan), und was gedenkt die Bundesregierung

zu tun, um eine Umgehung des Kleinanleger-schutzgesetzes, z. B. durch Produkte in einem Versicherungsmantel, zu verhindern?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs  
Dr. Michael Meister  
vom 1. September 2015**

Der Fall „Vienna Life“, auf den in der Frage Bezug genommen wird, ist der Bundesregierung nur aus öffentlich zugänglichen Quellen bekannt. Bei Sachverhalten, bei denen die vom Versicherten eingezahlten Prämien anders angelegt werden als es ihm mitgeteilt wurde, handelt es sich entweder um Falschberatung oder um Täuschung. Solche Fälle kommen leider in der Praxis vor, sind jedoch nicht typisch für bestimmte Produktgestaltungen, wie z. B. die erwähnten Versicherungsmäntel.

Um die Irreführung der Verbraucher beim Vertrieb von Finanzdienstleistungsprodukten zu bekämpfen, sind permanente Anstrengungen zur Verbesserung der Transparenz von Finanzdienstleistungsprodukten sowie der Gewährleistung der Zuverlässigkeit auf Seiten der Finanzdienstleister erforderlich. Auch der jeweils zuständige Gesetzgeber ist gefordert. Entsprechende Vorhaben sind in jüngster Zeit europaweit begonnen worden. Hinzuweisen ist besonders auf die Verordnung (EU) Nr. 1286/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. November 2014 über Basisinformationsblätter für verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte (PRIIP), die kommende Versicherungsvertriebsrichtlinie (IDD), über deren Inhalt im Juli 2015 Einigung erzielt wurde, und schließlich die sog. MiFID-Richtlinie (Richtlinie 2004/39/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Märkte für Finanzinstrumente), mit der grundlegende Bestimmungen zum Anlegerschutz, zu verbesserter Transparenz der Finanzmärkte und zur Integrität der Finanzdienstleister geschaffen wurden. Auf nationaler Ebene gilt im Übrigen für Versicherungsprodukte seit 2008 die VVG-InfoV, die auch für die Lebensversicherung Vorgaben für die Information der Verbraucher enthält. Bei Einhaltung der Vorschriften kann es nicht zu der in der Frage beschriebenen Situation kommen; wird gegen die Vorgaben der Verordnung verstoßen, bestehen ggf. Schadensersatzansprüche.

19. Abgeordnete  
**Susanna  
Karawanskij**  
(DIE LINKE.)
- An welchen Entscheidungen der Bundesregierung war ein Versicherungsunternehmen und/oder seine Tochtergesellschaft in dieser Legislaturperiode vorbereitend beteiligt, und welche Gesetze waren betroffen (bitte mit Auflistung der betroffenen Bank/Tochtergesellschaft, der betroffenen Gesetze sowie Fachressorts)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs  
Dr. Michael Meister  
vom 1. September 2015**

Die Frage, an welchen Entscheidungen der Bundesregierung ein Versicherungsunternehmen und/oder seine Tochtergesellschaft vorbereitend beteiligt war, versteht die Bundesregierung so, dass sie sich nicht auf

unaufgeforderte Stellungnahmen im Rahmen von Anhörungen und Gesprächen, die auf Wunsch eines Unternehmens zustande kamen bzw. in denen die Vertreter der Bundesregierung die Positionen der Unternehmen lediglich zur Kenntnis genommen haben, bezieht. Auch Kontakte mit Verbänden sind nicht berücksichtigt, auch wenn im Einzelfall ein Verbandsvertreter gleichzeitig eine Funktion bei einem Versicherungsunternehmen oder seiner Tochtergesellschaft innehaben mag, da die betreffenden Personen in diesen Fällen nicht für dieses Unternehmen aufgetreten sind. Die Frage nach der „Bank“ im Klammerzusatz blieb dabei unberücksichtigt.

Entscheidung	Zeitpunkt	Unternehmen	Gesetz	Ressort
Der Bund hat ein Konsortium mit der Bearbeitung der Auslandsgewährleistungen des Bundes (sog. Hermesdeckungen) beauftragt. (Weitergehende Informationen zu den Hermesdeckungen des Bundes s. unter <a href="http://www.agaportal.de">www.agaportal.de</a> .)	laufend	Konsortium aus der Euler Hermes Aktiengesellschaft (Teil der Euler Hermes Group SA) und der PwC AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Haushaltsgesetz	BMWi, AA, BMZ, BMF
Verlängerung der Gewährleistung des Bundes für Schäden durch Terroranschläge in Deutschland 2013 bis zum 31. Dezember 2015.	2. Jahreshälfte 2013	Extremus Versicherungs AG	Haushaltsgesetz	BMF
Verlängerung der Gewährleistung für Schäden durch Terroranschläge in Deutschland 2013 nach dem 31. Dezember 2015.	aktuell	Extremus Versicherungs AG	Haushaltsgesetz	BMF

Hinzuweisen wäre außerdem auf eine laufende Zusammenarbeit des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) mit dem Generali Zukunftsfonds, der Teil der Generali Deutschland Holding AG ist.

Das BMFSFJ kooperiert mit dem Generali Zukunftsfonds im Rahmen von zwei Programmen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements:

- Deutscher Engagementpreis: Seit 2009 fördern BMFSFJ und Generali Zukunftsfonds gemeinsam den Deutschen Engagementpreis, der sich als zentrale Maßnahme zur Stärkung der Anerkennungskultur in Deutschland etabliert hat. Initiator und Träger des Preises ist das Bündnis für Gemeinnützigkeit. 2015 konnte die Deutsche Fernsehlotterie als neuer Förderer dazugewonnen werden.



- Netzwerkprogramm „Engagierte Stadt“: Am 7. Januar 2015 ist das Netzwerkprogramm „Engagierte Stadt“ gestartet, das auf einer gemeinsamen Initiative des BMFSFJ mit fünf Stiftungen (Bertelsmann Stiftung, BMW Stiftung Herbert Quandt, Herbert Quandt-Stiftung, Körber-Stiftung und Robert Bosch Stiftung) und dem Generali Zukunftsfonds als Vertreter der Wirtschaft in dieser trisektoralen Kooperationsgemeinschaft basiert. Ziel des Programms ist die Stärkung der strategischen Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in Kommunen und Gemeinden.

In beiden Programmen sind BMFSFJ und Generali Zukunftsfonds gleichberechtigte Kooperationspartner.

Des Weiteren fördert das BMFSFJ folgende Projekte, die auch vom Generali Zukunftsfonds finanziell unterstützt werden:

- „Bürgerstiftungswerkstatt“ der Initiative Bürgerstiftungen (IBS), die Bürgerstiftungen ein bedarfsorientiertes Fortbildungsangebot vor Ort bietet und damit die Infrastruktur für Bürgerstiftungen stärkt. Zu den Förderern der Initiative Bürgerstiftungen zählt u. a. auch der Generali Zukunftsfonds.
- „Attraktives Ehrenamt im Sport – Gesucht: Funktionsträger/innen in der 2. Lebenshälfte für Sportvereine“, das vom Deutschen Olympischen Sportbund durchgeführt wird. Im Rahmen dieses Projekts sollen Konzepte entwickelt werden, wie Ehrenämter attraktiv auf die Bedürfnisse der Zielgruppe zugeschnitten werden können, um so ein stabiles Vereinswesen zu erhalten.
- Aufbau eines bundesweiten Beratungs- und Qualifizierungsangebots durch die Evangelische Kranken- und Alten-Hilfe e. V. (eKH)/Grüne Damen und Herren. Mit dem Projekt sollen Freiwillige für ein Engagement bei den „Grünen Damen und Herren“ gewonnen werden. Die eKH wird in den Jahren 2013 bis 2015 zudem vom Generali Zukunftsfonds in der Form einer jährlichen zweckgebundenen Spende unterstützt.
- „Gesprächsreihe Bürgergesellschaft 2020 – Dialog Staat – Zivilgesellschaft – Wirtschaft“ der Stiftung Bürger für Bürger, an deren Förderung sich auch der Generali Zukunftsfonds finanziell beteiligt.

20. Abgeordnete  
**Susanna  
Karawanskij**  
(DIE LINKE.)

In welchen Gremien der Einrichtungen, Gesellschaften etc., an denen der Bund beteiligt ist, war ein Versicherungsunternehmen und/oder seine Tochtergesellschaft in dieser Legislaturperiode durch welche Personen vertreten?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs  
Dr. Michael Meister  
vom 1. September 2015**

Die Frage nach Gremien von Einrichtungen, Gesellschaften etc., an denen der Bund beteiligt ist, hat die Bundesregierung so verstanden, dass sie sich auf die unmittelbaren Beteiligungen des Bundes und seiner Sondervermögen ERP, Finanzmarktstabilisierungsfonds (FMS) und Bundesbahnvermögen sowie auf Gremien im Sinne des § 6 Absatz 1

des Bundesgremienbesetzungsgesetzes bezieht. Nach den der Bundesregierung vorliegenden Unterlagen treffen die folgenden Sachverhalte auf die Frage zu:

Deutsche Bahn AG	Aufsichtsrat	Döring, Patrick, Vorstandsmitglied der Agila Haustierversicherung AG (bis 30.6.2014)
Zentrale Stelle zur Abrechnung von Arzneimittelrabatten (ZESAR) GmbH	Aufsichtsrat	Kurtenbach, Michael, Vorsitzender des Vorstandes der Gothaer Krankenversicherung AG, stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates
	Aufsichtsrat	Dr. König, Birgit, Allianz Private Krankenversicherung AG, (ab 1.8. 2013)
VIFG Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft mbH	Aufsichtsrat	Döring, Patrick, Vorstandsmitglied der Agila Haustierversicherung AG (bis 30.6.2014)
Commerzbank AG	Aufsichtsrat	Dr. Stefan Lippe, Member of the Board of Directors of the AXA S.A., ehemaliger Präsident der Geschäftsführung der Swiss Re AG
	Aufsichtsrat	Dr. Helmut Perlet, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Allianz SE
	Aufsichtsrat	Dr. Nikolaus von Bormhard, Vorsitzender des Vorstands der Munich Re AG (bis 30. April 2015)

Es wird vorsorglich darauf hingewiesen, dass die Bundesregierung Mitteilungen über den Wechsel in Gremien teilweise erst mit Verzögerung aus den Jahresabschlussunterlagen eines Unternehmens erhält.

21. Abgeordneter  
**Dr. Axel Troost**  
(DIE LINKE.)

Wie hoch sind jeweils in diesem sowie im nächsten Jahr (voraussichtlich) die zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme, der Haushaltsüberschuss, der Zufluss auf das Kontrollkonto sowie dessen Saldo, und welche Gründe führt die Bundesregierung angesichts des Infrastrukturverfalls, der Flüchtlingskrise etc. an, dieses verfassungsrechtlich mögliche Verschuldungspotential nicht auszuschöpfen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs**

**Dr. Michael Meister**

**vom 3. September 2015**

Im Jahr 2015 beträgt die maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme 18,6 Mrd. Euro (0,66 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – BIP); im nächsten Jahr beträgt sie voraussichtlich 10,2 Mrd. Euro (0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts).

Der Bundeshaushalt wird ab dem Jahr 2015 ohne Einnahmen aus Krediten geplant. Bereits der Bundeshaushalt 2014 konnte ohne die Aufnahme neuer Kredite ausgeglichen werden. Dies war zuletzt 1969 der Fall. Damit hat der Bund einen weiteren großen Schritt zu konsolidierten und

nachhaltigen Staatsfinanzen gemacht. Mit dem Bundeshaushalt 2015 wird dieser Weg konsequent fortgeführt. Die „schwarze Null“ ist Teil einer Konsolidierungsstrategie, die die zukünftige Handlungsfähigkeit sichert. Ein Haushalt ohne Neuverschuldung ist kein Selbstzweck, sondern Voraussetzung für nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Spielräume, die durch die Haushaltskonsolidierung entstehen, werden konsequent für wichtige Investitionen, zum Beispiel im Rahmen des 10-Mrd.-Euro-Programms für Zukunftsinvestitionen, eingesetzt. Das konsequente Einhalten der „schwarzen Null“ führt dazu, dass Deutschland schneller aus den Schulden herauswächst. Der Bund leistet mit dieser Politik einen wichtigen Beitrag, das ambitionierte Ziel zu erreichen, die gesamtstaatliche Schuldenstandsquote von rund 80 Prozent des BIP innerhalb von zehn Jahren auf unter 60 Prozent („Maastricht-Schuldenstandsgrenze“) zu senken.

Für 2015 ergibt sich, bei einer strukturellen Nettokreditaufnahme von 0,4 Mrd. Euro, ein Anstieg des Saldos des Kontrollkontos um 18,2 Mrd. Euro auf 138 Mrd. Euro. Für 2016 wird, bei einer strukturellen Nettokreditaufnahme von –1,4 Mrd. Euro, ein Saldo des Kontrollkontos in Höhe von 11,6 Mrd. Euro erwartet. Dabei ist bereits berücksichtigt, dass nach Ende der Übergangsfrist gemäß Artikel 143 des Grundgesetzes der über die Haushaltsjahre 2011 bis 2015 kumulierte Saldo des Kontrollkontos gemäß § 9 Absatz 3 des Artikel 115-Gesetzes zum 31. Dezember 2015 gelöscht wird. Die Löschung stellt sicher, dass die angehäuften Positivsalden aus dem Übergangszeitraum nicht in den Regelbetrieb übertragen werden.

Die Funktion des Kontrollkontos besteht darin, Abweichungen der tatsächlichen Kreditaufnahme nach Abschluss des betreffenden Haushaltsjahres von der nach der Schuldenregel zulässigen Kreditaufnahme zu erfassen, soweit die Abweichungen nicht aus einem Konjunkturverlauf resultieren, der von dem der Haushaltsplanung zugrunde gelegten Konjunkturverlauf abweicht. Da als Referenz nicht die geplante, sondern die tatsächliche Kreditaufnahme dient, erfüllt das Kontrollkonto die Funktion eines Haushaltsgedächtnisses. Es soll verhindern, dass die zulässige Gesamtkreditaufnahme im Haushaltsvollzug dauerhaft überschritten wird. Das Kontrollkonto entbindet jedoch nicht von der Pflicht, in jedem Jahr einen verfassungskonformen Haushalt aufzustellen. Insbesondere stellt ein positiver Saldo keinen „Dispokredit“ dar, der in zukünftigen Haushaltsjahren zur Erweiterung des Kreditspielraums genutzt werden kann.

Darüber hinaus handelt es sich bei der in Artikel 109 Absatz 3 Satz 4 des Grundgesetzes verankerten strukturellen Defizitgrenze von 0,35 Prozent des BIP für den Bund um eine Obergrenze, nicht jedoch um einen Richtwert, aus dem sich ein auszuschöpfender Spielraum ergibt.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für  
Ernährung und Landwirtschaft**

22. Abgeordnete  
**Dr. Kirsten  
Tackmann**  
(DIE LINKE.)

Welche Rückschlüsse zieht die Bundesregierung aus dem Urteil C-39/14 des Gerichtshofes der Europäischen Union vom 16. Juli 2015 zum Grundstücksverkehrsgesetz hinsichtlich der Privatisierungspraxis der BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH und ihrer Auswirkungen auf die stark gestiegenen Bodenpreise in Ostdeutschland (vgl. [www.agrarheute.com/brandenburg-8533-euro-kostet-der-hektar-im-schnitt](http://www.agrarheute.com/brandenburg-8533-euro-kostet-der-hektar-im-schnitt))?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Bleser  
vom 3. September 2015**

In dem Urteil zugrunde liegenden Fall hatten die zuständigen Behörden den Verkauf einer Agrarfläche der BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH an einen Nichtlandwirt wegen eines „groben Missverhältnisses [des Preises] zum Wert des Grundstücks“ (§ 9 Absatz 1 Nummer 3 des Grundstücksverkehrsgesetzes (GrdstVG)) versagt. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat klargestellt, dass die genannte Vorschrift, nur soweit sie ordnungsgemäß angewendet wird, mit dem Beihilferecht der Europäischen Union vereinbar ist. Denn die genannte Vorschrift könne insofern eine staatliche Beihilfe darstellen, als sie es einem Dritten ermöglicht, das Grundstück zu einem niedrigeren als dem in einer Ausschreibung gebotenen Preis zu erwerben.

Der EuGH hat gleichwohl festgestellt, dass unter „besonderen Umständen“ Höchstgebote auf Ausschreibungen der BVVG spekulativen Charakter haben können und in diesen Fällen von den nationalen Behörden, hier den Bundesländern, aus agrarstrukturellen Gründen versagt werden können. Nur wenn die Anwendung der genannten Regelung zu einem Preis führen kann, der möglichst nahe beim Marktwert des fraglichen Grundstückes liegt, sei eine staatliche Beihilfe auszuschließen. Dies berücksichtigend, kann die genannte Vorschrift im Rahmen des Privatisierungsauftrages der BVVG weiterhin zum Schutz des landwirtschaftlichen Bodenmarktes vor übermäßigem Preisanstieg angewendet werden.

Die Bundesregierung begrüßt diese Entscheidung.

Das Urteil stärkt das Grundstücksverkehrsgesetz und ist aufgrund der aktuellen Entwicklungen auf den Bodenmärkten zu begrüßen. Es bestätigt auch den Beschluss der Agrarministerkonferenz zur Bodenmarktpolitik vom 20. März 2015 im Hinblick auf den Vorrang von Landwirten auf dem landwirtschaftlichen Bodenmarkt und die Vermeidung spekulativer Entwicklungen. Das Urteil kann in Einzelfällen Auswirkungen auf die Kaufpreise der BVVG haben, nicht aber auf die Privatisierungsgrundsätze als solche.

Im Übrigen ist die Entscheidung des Bundesgerichtshofes bezüglich des zugrunde liegenden Falles abzuwarten, zu prüfen und zu bewerten.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der  
Verteidigung**

23. Abgeordneter  
**Michael Leutert**  
(DIE LINKE.)      Wie und wann hat die Bundesregierung seinerzeit den Deutschen Bundestag über die Verwertung der Waffen und der Ausrüstung der ehemaligen Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR durch die Bundesregierung informiert?
24. Abgeordneter  
**Michael Leutert**  
(DIE LINKE.)      Wie heißt der abschließende Bericht der Bundesregierung, welcher Aufschluss über den Endverbleib der Waffen und der Ausrüstung der ehemaligen NVA gibt, und in welcher Form ist dieser dokumentiert?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Markus Grübel  
vom 01. September 2015**

Die Fragen 23 und 24 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Während der 81. Sitzung des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages in der 13. Wahlperiode am 4. März 1998 in Bonn wurde als sechster Tagesordnungspunkt der „Bericht der Bundesregierung über den Abschluß der Verwertung des überschüssigen Materials der ehemaligen NVA“ vom 30. Juli 1997 behandelt. Der Bericht wurde am 12. August 1997 dem Parlament zugeleitet.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr  
und digitale Infrastruktur**

25. Abgeordneter  
**Matthias Gastel**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)      Inwieweit sieht die Bundesregierung der in anderen europäischen Ländern erprobten Idee, Radfahrerinnen und Radfahrern unter bestimmten Bedingungen das Rechtsabbiegen an einer roten Ampel zu erlauben, offen gegenüber, und falls die Bundesregierung eine solche Regelung (oder auch entsprechende Modellprojekte) für Deutschland ablehnt, wie möchte sie die hohe Anzahl verunglückter Radfahrer durch rechts abbiegende LKW und PKW verringern?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Norbert Barthle  
vom 4. September 2015**

Die Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) eröffnet bereits heute die Möglichkeit, das Rechtsabbiegen an einer roten Ampel zu erlauben. Laut § 37

Absatz 2 Nummer 1 Satz 8 StVO ist nach dem Anhalten das Abbiegen nach rechts auch bei Rot erlaubt, wenn rechts neben dem Lichtzeichen Rot ein Schild mit grünem Pfeil auf schwarzem Grund (Grünpfeil) angebracht ist.

Da ein entsprechendes Zeichen, welches zudem für alle Fahrzeuge gilt, bereits vorhanden ist und die zuständigen Straßenverkehrsbehörden nach § 37 Absatz 2 Nummer 6 StVO weiterhin die Möglichkeit haben, abweichende Radverkehrsführungen mit besonderen Lichtzeichen für den Radverkehr einzurichten, wird eine zusätzliche Regelung nur für Fahrradfahrer aus Gründen der Verkehrssicherheit nicht für erforderlich gehalten.

Zur Vermeidung von Unfällen mit rechtsabbiegenden Kraftfahrzeugen sehen z. B. die Richtlinien für Lichtsignalanlagen (RiLSA) eine Vorziehung der Haltlinien für den Radverkehr um ca. 3 Meter vor die Haltlinie des Kraftverkehrs vor (Kapitel 3.8.1 Haltlinien Absatz 2 Satz 1). Durch die verbesserten Sichtbeziehungen zwischen Fahrzeugführern und Radfahrern können so Konflikte beim Abbiegen vermieden werden. Zudem ist in den RiLSA bereits heute die Möglichkeit enthalten, dem Radverkehr durch eine gesonderte Signalisierung einen Zeitvorsprung vor den abbiegenden Kraftfahrzeugen zu verschaffen.

Die Bundesregierung tritt zudem für den Einsatz neuer Technologien ein (Kamera-Monitor-Systeme und Abbiege-Assistenzsysteme). Für den optionalen Einbau von Abbiege-Assistenzsystemen oder Kamera-Monitor-Systemen in LKW leistet die Bundesregierung finanzielle Unterstützung im Rahmen des Förderprogramms De-minimis.

- |   |  |
|---|--|
| 26. Abgeordneter<br><b>Matthias Gastel</b><br>(BÜNDNIS 90/<br>DIE GRÜNEN) | Welches Referat des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur, ist für die Fertigstellung des Handbuchs zu barrierefreiem Fernbusverkehr federführend zuständig, und wann ist mit der Veröffentlichung des Handbuchs zu rechnen? |
|---|--|

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Enak Ferlemann  
vom 4. September 2015**

Im Koalitionsvertrag wurde unter der Überschrift „Fernlinienbusse“ vereinbart, die gesetzlich geforderte Barrierefreiheit durch ein Handbuch zu unterstützen, das gemeinsam mit den Akteuren erstellt wird. Dieses Vorhaben steht in sachlichem Zusammenhang mit einem laufenden Forschungsvorhaben zur Barrierefreiheit in Fernlinienbussen. Nach Abschluss dieses Vorhabens soll im Herbst dieses Jahres ein Konzept für die Erstellung des Handbuchs erarbeitet werden. In diesem Rahmen ist auch festzulegen, welche Organisationseinheit im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur zuständig sein wird und bis zu welchem Termin das Handbuch vorgelegt werden soll.

27. Abgeordneter  
**Matthias Gastel**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit sieht die Bundesregierung bezüglich der Mitnahme von Sauerstoffflaschen in Fernbussen rechtlichen Klärungsbedarf im Hinblick darauf, dass für viele Menschen mit Behinderung das Mitführen von Sauerstoffflaschen zwingend erforderlich ist, die Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BOKraft) jedoch die Mitnahme gefährlicher Stoffe verbietet, und wie gedenkt die Bundesregierung, die rechtlichen Unklarheiten zu beseitigen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Enak Ferlemann  
vom 4. September 2015**

Nach § 15 Absatz 2 BOKraft sind gefährliche Stoffe und gefährliche Gegenstände von der Beförderung ausgeschlossen. Der Bundesregierung ist nicht bekannt, dass Fahrgästen, die aus medizinischen Gründen auf die Mitführung von Sauerstoffflaschen angewiesen sind, die Mitfahrt in öffentlichen Verkehrsmitteln und Fernbussen verwehrt wurde. Von rechtlichen Unklarheiten kann deshalb nicht gesprochen werden.

28. Abgeordneter  
**Oliver Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Bei welcher Behörde (bitte unter Angabe des Datums) wird die DFS Deutsche Flugsicherung GmbH einen Antrag zur Errichtung des VORTAC in der Gemeinde Nörvenich (Kreis Düren, Nordrhein-Westfalen) bei den Koordinaten 50° 49' 21" N, 6° 38' 12" E (WGS84) stellen (siehe Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 18/4675), und wann konkret ist die bauliche Errichtung der Anlage an diesem Standort geplant?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Norbert Barthle  
vom 4. September 2015**

Am 18. August 2015 wurde die Errichtung der DVORTAC NOR in der Gemeinde Nörvenich an die zuständige obere Bauaufsichtsbehörde (Oberfinanzdirektion Nordrhein-Westfalen) sowie an das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDbw) zur Kenntnis gegeben. Geplant ist die Errichtung schnellstmöglich.

29. Abgeordneter  
**Harald Petzold**  
(Havelland)  
(DIE LINKE.)
- Welchen Standpunkt vertritt die Bundesregierung zu den Vorschlägen der Stadt Oranienburg, die Friedenthaler Schleuse zu rekonstruieren und wieder in Betrieb zu nehmen (siehe ORANIENBURGER GENERALANZEIGER vom 12. August 2015, S. 2.)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Enak Ferlemann  
vom 4. September 2015**

Die Schleuse Friedenthal an der Oranienburger Havel hat bis 1959 die vom Land Brandenburg verwalteten „Ruppiner Gewässer“ mit dem Netz der Bundeswasserstraßen verbunden. Der betreffende Abschnitt der Oranienburger Havel steht zwar im Eigentum des Bundes, ist aber rechtlich keine Bundeswasserstraße.

Die Schleuse Friedenthal ist nur noch in Fragmenten vorhanden und deshalb auch seit Jahrzehnten nicht mehr in Betrieb.

Für die Nutzung zu Freizeitzielen wäre aber eine direkte Verbindung zwischen der Oranienburger Havel und dem „Ruppiner Gewässer“ wünschenswert. Eine solche Verbindung über die Schleuse Friedenthal würde den Wassertourismus für die Stadt Oranienburg verbessern.

Ein Ersatzneubau durch den Bund scheidet aus, weil die gesamtwirtschaftliche Vorteilhaftigkeit nicht nachgewiesen werden kann, was nach der Bundeshaushaltsordnung aber erforderlich ist.

30. Abgeordnete **Dr. Valerie Wilms**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern wird der neue Bundesverkehrswegeplan die, in der Grundkonzeption für den Bundesverkehrswegeplan 2015 angekündigte, zusätzliche Dringlichkeitskategorie mit der Bezeichnung „Vordringlicher Bedarf plus“ für Projekte mit besonders hoher verkehrlicher Bedeutung enthalten, und wenn nicht, welche Beweggründe haben die Bundesregierung dazu veranlasst, von der Grundkonzeption abzuweichen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Enak Ferlemann  
vom 01. September 2015**

Wie in der Grundkonzeption für den Bundesverkehrswegeplan 2015 angekündigt, werden die Projekte in den Kategorien „Vordringlicher Bedarf (VB) mit Vordringlicher Bedarf plus (VB+)“ und „Weiterer Bedarf (WB) mit Weiterer Bedarf mit Planungsrecht (WB \*)“ abgebildet.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,  
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

31. Abgeordnete **Bärbel Höhn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche deutschen Unternehmen führen oder führten Joint-Implementation-Projekte (JI-Projekte) auf dem Gebiet der Russischen Föderation und der Ukraine durch, und in welcher Höhe haben die Unternehmen bisher damit CO<sub>2</sub>-Gutschriften erzielt oder werden sie solche ggf. noch erzielen?



**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin  
Rita Schwarzelühr-Sutter  
vom 4. September 2015**

Deutschland hat in Russland drei Projekte nach Prüfung gemäß § 3 des Projekt-Mechanismen-Gesetzes (ProMechG) zugestimmt. Für diese wurden bislang, soweit ersichtlich, keine Gutschriften ausgeschüttet. Zu den Projekten und beteiligten Unternehmen ist eine Tabelle beigelegt (vgl. Anlage 1, S. 22).

In der Ukraine hat Deutschland siebzehn Projekte gemäß den Kriterien von § 3 ProMechG geprüft und ihnen zugestimmt. Für diese wurden insgesamt etwa fünf Millionen JI-Emissionsreduktionszertifikate, sogenannte Emission Reduction Units (ERU), ausgeschüttet, davon knapp 400 000 ERU in Deutschland. In der dritten Handelsperiode, die seit dem Jahr 2013 läuft, wurden ca. 1,7 Millionen ERU aus Projekten in der Ukraine mit deutscher Beteiligung europaweit genutzt. Welcher Anteil hiervon auf Deutschland entfällt, lässt sich derzeit noch nicht ermitteln. Für projektspezifische Einzelheiten zu den beteiligten Unternehmen und ausgeschütteten Mengen wird auf die beigelegte Tabelle (vgl. Anlage 2, S. 23) verwiesen.

Weitere Ausstellungen haben im Jahr 2015 bisher weder in Russland noch in der Ukraine stattgefunden, sind jedoch rein theoretisch und technisch noch bis zum Ablauf der sogenannten True-up-Periode möglich, die am 18. November 2015 endet. Die True-up-Periode bietet Staaten die Gelegenheit, noch fehlende Zertifikate für die Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber dem Kyoto-Protokoll zu erwerben. Allerdings wären bis dahin ausgestellte ERU im EU-Emissionshandel nicht mehr einsetzbar, da sie sich auf Minderungen beziehen müssen, die bis Ende des Jahres 2012 stattgefunden haben. Die Nutzungsfrist für solche Minderungen ist am 31. März 2015 ausgelaufen.

Bei Anhaltspunkten für Unregelmäßigkeiten bei der Ausschüttung wäre ein Überprüfungsgesuch gemäß § 4 ProMechG bei der zuständigen Behörde des Gastgeberstaates (im Falle von Projekten unter der Aufsicht des Gastgeberstaates im sogenannten Track 1) oder beim Aufsichtsausschuss (bei Projekten im Track 2) möglich. Bei den Projekten, denen Deutschland zugestimmt hat, lagen – und liegen – derartige Anhaltspunkte nicht vor.

Die Angaben beruhen auf der Projektdatenbank der deutschen Emissionshandelsstelle, verfügbar unter [www.jicdm.dehst.de/prohmech/pages/project1.aspx](http://www.jicdm.dehst.de/prohmech/pages/project1.aspx), den Daten des ukrainischen JI-Registers, zugänglich unter [www.carbonunitsregistry.gov.ua/en/258.htm](http://www.carbonunitsregistry.gov.ua/en/258.htm) sowie ergänzend zu russischen Projekten auf der Projektdatenbank der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen UNFCCC, verfügbar unter [http://ij.unfccc.int/JI\\_Projects/ProjectInfo.html](http://ij.unfccc.int/JI_Projects/ProjectInfo.html). Zur Nutzung wurde auf die Daten der EU-Kommission zurückgegriffen; im Einzelnen auf [http://ec.europa.eu/clima/policies/ets/registry/docs/compliance\\_2012\\_ic\\_en.xls](http://ec.europa.eu/clima/policies/ets/registry/docs/compliance_2012_ic_en.xls) mit den detaillierten Daten der zweiten Handelsperiode sowie auf [http://ec.europa.eu/clima/news/docs/2015050402\\_credits\\_exchanged.xlsx](http://ec.europa.eu/clima/news/docs/2015050402_credits_exchanged.xlsx) mit bisher nur aggregiert verfügbaren Daten zur dritten Handelsperiode.

## Anlage 1

## German JI and CDM Project Data Base

Date 31.08.2015 (dd.mm.yyyy)  
 Quick search:  
 Detailed search:  
 Project ID  
 Project title  
 Project category Joint Implementation  
 Sectoral scope  
 Project activity category  
 Host country RUSSIAN FEDERATION  
 CO2 reduction p.a. from to  
 Date of Notification from to (dd.mm.yyyy)

## List of all projects

Number of records 3/465

Project ID	Project title	Host country	Track	Beteiligtes Unternehmen	Ausgeschüttete Menge Gutschriften – soweit ermittelbar
> RU-1000387	Installation of two CCGT-400 at Surgutskaya TPP-2, OGK-4, Tyumen area, Russia	RUSSIAN FEDERATION	1	E.On Carbon Sourcing GmbH	0
> RU-1000394	Installation of new CCGT-400 at Yaivinskaya TPP, OGK-4, Perm area, Russia	RUSSIAN FEDERATION	1	E.On Carbon Sourcing GmbH	0
> RU-2000022	Installation of CCGT-400 at Shaturskaya TPP, OGK-4, Moscow area, Russia	RUSSIAN FEDERATION	2	E.On Carbon Sourcing GmbH	0

## Anlage 2

## German JI and CDM Project Data Base

Date 31.08.2015 (dd.mm.yyyy)  
 Quick search:  
 Detailed search:  
 Project ID  
 Project title  
 Project category Joint Implementation  
 Sectoral scope  
 Project activity category  
 Host country UKRAINE  
 CO2 reduction p.a. from to  
 Date of Notification from to (dd.mm.yyyy)

## List of all projects

Number of records 17/465

Projektnummer	Projekttitle	Gastgeberstaat	Track	Beteiligtes Unternehmen	Ausgeschüttete Mengen Gutschriften	in der EU genutzte Mengen aus diesem Projekt in der 2. HP	davon in der 2. HP in DE	in der EU in der 3. HP bisher genutzte Mengen
> N/A	Landfill Gas Capture Project in Kremenchuk	UKRAINE	1	MBS GmbH	0 (soweit ersichtlich, nicht von UKR genehmigt)			
> N/A	Photovoltaic Solar Power Plant "Omao Solar"	UKRAINE	1	GreenStream Network GmbH	0 (soweit ersichtlich, nicht von UKR genehmigt)			
> N/A	Photovoltaic Solar Power Plant 'Ouzel Solar'	UKRAINE	1	GreenStream Network GmbH	0 (soweit ersichtlich, nicht von UKR genehmigt)			
> N/A	Photovoltaic Solar Power Plant 'Osprey Solar'	UKRAINE	1	GreenStream Network GmbH	0 (soweit ersichtlich, nicht von UKR genehmigt)			
> N/A	Photovoltaic Solar Power Plant 'Oriole Solar'	UKRAINE	1	GreenStream Network GmbH	0 (soweit ersichtlich, nicht von UKR genehmigt)			
> UA-1000048	District Heating System Rehabilitation of Chernihiv Region	UKRAINE	1	Deutsche Bank AG	345.904	345.904	145.174	0
> UA-1000131	District Heating System Rehabilitation in Rivne Region	UKRAINE	1	Deutsche Bank AG	278.621 (sic!)	178.621	0	0

> UA-1000156	Reconstruction of Kramatorsk heat and power plant	UKRAINE	1	Greenstream Network GmbH	101.294	101.294	11.656	0
> UA-1000225	The Abatement of N2O Emissions from Nitric Acid Production at CJSC Severodonetsk Azot Association	UKRAINE	1	Vattenfall Europe Generation AG	0	0	0	0
> UA-1000260	Cogeneration and Utilization of Waste Heat at Ulman Greenhouse Combine	UKRAINE	1	RWE Power AG	95.540	95.540	95.540	0
> UA-1000301	Cogeneration and Utilization of Waste Heat at LLC "Lukoil Energy and Gas Ukraine"	UKRAINE	1	RWE Power AG	75.812	75.812	75.812	0
> UA-1000399	Reduction of Greenhouse Gases Emissions Due to Energy Efficiency Improvements and Waste Heat Utilization at JSC "Ukrgrafit"	UKRAINE	1	RWE Power AG	85.671	85.671	85.671	0
> UA-1000500	Reduction of Greenhouse Gas Emissions by Modernizing Production Technology of Ash at PJSC 'Belotserkovskiy Precast Plant'	UKRAINE	1	GreenStream Network GmbH	3.708.578	5000	5000	1666606
> UA-1000507	Utilization of Sunflower Seeds Husk for Heat and Power Production at JSC 'Pology Oil-Extraction Plant'	UKRAINE	1	RWE Power AG	0	0	0	0

> UA- 2000017	Slag usage and switch from wet to semi-dry process at Volyn-Cement, Ukraine	UKRAINE	2	Dyckerhoff AG	0	0	0	0
> UA- 2000021	Usage of alternative raw materials at Kryvyi Rih Cement, Ukraine	UKRAINE	2	HeidelbergCement AG	336.460	77.515	0	61.852
> UA- 2000027	Slag usage and switch from wet to dry process at Yuccement, Ukraine	UKRAINE	2	Dyckerhoff AG	18.123	16.854	3.080	1.269

32. Abgeordneter  
**Friedrich  
Ostendorff**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass ETS-Emissionszertifikate (ETS: Emissions Trading System) aus nachweislich nicht zu realen CO<sub>2</sub>-Emissionseinsparungen führenden JI-Projekten wie denen in Russland ([www.sueddeutsche.de/wirtschaft/tricksen-beim-klimaschutz-gelddrucken-im-treibhaus-1.2619248](http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/tricksen-beim-klimaschutz-gelddrucken-im-treibhaus-1.2619248)) stillgelegt werden, und wenn ja, wie plant sie dies?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin  
Rita Schwarzelühr-Sutter  
vom 4. September 2015**

Emissionsgutschriften für Joint-Implementation-Projekte konnten nur für die erste Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls (2008 bis 2012) ausgegeben werden.

Soweit Betreiber emissionshandelspflichtiger Anlagen diese Emissionsgutschriften zur Erfüllung ihrer Abgabepflicht in den Jahren 2008 bis 2012 genutzt oder bis zum 31. März 2015 in Emissionszertifikate des EU-Emissionshandels umgetauscht haben, können die betreffenden Emissionsgutschriften nicht mehr stillgelegt werden.

Seit dem 31. März 2015 ist ein Umtausch dieser Emissionsgutschriften nicht mehr möglich. Emissionsgutschriften, die bis dahin nicht umgetauscht wurden, können folglich auch nicht mehr im EU-Emissionshandel genutzt werden.

Für die Zeit nach dem Jahr 2012 gibt es noch keine Rechtsgrundlage, auf deren Basis bei Joint-Implementation-Projekten Emissionsgutschriften für Minderungen ab dem Jahr 2013 ausgestellt werden könnten. Wie bereits im Jahr 2014 anlässlich der Beantwortung einer Kleinen Anfrage dargelegt (Bundestagsdrucksache 18/1734), setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass Emissionsgutschriften aus Joint-Implementation-Projekten zukünftig nur ausgegeben werden dürfen, soweit die Projekte

der Überwachung durch eine internationale Kontrollinstanz unterstellt werden und so die erbrachten Emissionsminderungen transparent nachvollzogen werden können.

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung**

33. Abgeordneter  
**Kai Gehring**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Welche Themen aus den Bereichen Bildung, Innovation und Wissenschaft sind bei der deutsch-brasilianischen Regierungskonsultation im August 2015 besprochen worden, und welche konkreten Ergebnisse (wie Vereinbarungen, Übereinkünfte o. Ä.) hat die Regierungskonsultation gebracht (bitte inhaltlich aufschlüsseln in die drei Bereiche Bildung, Innovation und Wissenschaft)?

#### **Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Thomas Rachel vom 2. September 2015**

Bei den ersten deutsch-brasilianischen Regierungskonsultationen spielte die Zusammenarbeit in Bildung, Wissenschaft und Innovation eine herausgehobene Rolle.

Der Staatssekretär Dr. Georg Schütte unterzeichnete mit dem brasilianischen Bildungsminister Prof. Renato Janine Ribeiro und dem brasilianischen Forschungsminister Aldo Rebelo eine „Gemeinsame Erklärung zur deutsch-brasilianischen Zusammenarbeit in Bildung, Wissenschaft, Technologie und Innovation“.

Die wichtigsten Inhalte und Vereinbarungen der bilateralen Gespräche von Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier, Staatssekretär Dr. Georg Schütte (BMBF) und Staatssekretär Matthias Machnig (BMWi) sind:

#### **Bildung:**

Zum Thema Bildung führten sowohl der Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier als auch der Staatssekretär Dr. Georg Schütte Gespräche mit dem brasilianischen Bildungsminister Prof. Renato Janine Ribeiro.

Im Zentrum beider Gespräche stand das brasilianische Stipendienprogramm „Ciência sem Fronteiras“ („Wissenschaft ohne Grenzen“). Unter Mitwirkung der Bundesregierung haben bisher über 6 000 brasilianische Studierende durch Stipendien einen vertieften Einblick von Deutschland gewonnen.

Die deutsche Seite brachte ihre Unterstützung für die neue Programmlinie „Mestrado Profissional“ zum Ausdruck, die es brasilianischen Studierenden ermöglichen soll, in Deutschland ein praxisorientiertes Masterstudium mit integriertem Praktikum zu absolvieren.

Besonders hervorgehoben wurde die Bedeutung der neuen Programmlinie „Alemão sem Fronteiras“ („Deutsch ohne Grenzen“), mit der die Sprachvorbereitung für brasilianische Studierende verbessert werden soll. Der Bildungsminister Prof. Renato Janine Ribeiro unterzeichnete eine gemeinsame Absichtserklärung des Bildungsministeriums und des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) zur Durchführung des Programms, für das der DAAD unter anderem Lizenzen für Onlinekurse zur Verfügung stellen wird.

Ferner unterzeichneten der Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Bildungsminister Prof. Renato Janine Ribeiro eine gemeinsame Absichtserklärung zur Förderung von Deutsch als Fremdsprache in Brasilien. Sie trägt dem steigenden Interesse für das Erlernen der deutschen Sprache in Brasilien Rechnung (Stand 2015: 134 000 Deutschlerner, Zuwachs von 30 Prozent innerhalb von fünf Jahren) mit dem Ziel, das Deutschangebot an brasilianischen Schulen auszuweiten und die Ausbildung von Deutschlehrern zu unterstützen.

Der Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier berichtete zudem, dass der DAAD prüfe, gemeinsam mit einer brasilianischen Hochschule ein Zentrum für Deutschland- und Europastudien in Brasilien einzurichten. Die mögliche Gründung eines solchen Zentrums wurde von beiden Seiten begrüßt.

Weiterer Scherpunkt des Gesprächs des Staatssekretärs Dr. Georg Schütte mit dem brasilianischen Bildungsminister war die Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung. Es wurde vereinbart, das Potential für eine bilaterale Zusammenarbeit auszuloten.

Großes Interesse zeigte der brasilianische Bildungsminister auch an den Inhalten und der Implementierung der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder. Brasilien befände sich in einer ähnlichen Situation wie Deutschland im Jahr 2004. Der Staatssekretär Dr. Georg Schütte sagte zu, bei Bedarf weitere Informationen zu übermitteln.

Wissenschaft:

Der Staatssekretär Dr. Georg Schütte und der brasilianische Forschungsminister Aldo Rebelo würdigten die Intensität und Breite der wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Brasilien.

Als neuer Leuchtturm der bilateralen Zusammenarbeit im Bereich der Klimaforschung wurde der Klima-Messturm ATTO (Amazonian Tall Tower Observatory) hervorgehoben. Mit deutscher und brasilianischer Förderung konnte der Turm mitten im brasilianischen Urwald unter schwierigsten klimatischen und infrastrukturellen Bedingungen fertiggestellt werden. Durch die Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung wurde die künftige Zusammenarbeit bekräftigt.

Weitere Schwerpunkte der künftigen Zusammenarbeit sind die Meeresforschung, die Zusammenarbeit bei der Erforschung wirtschaftsstrategischer Rohstoffe und die Bioökonomie. Zu allen Bereichen wurden durch

den Staatssekretär Dr. Georg Schütte und den Forschungsminister Aldo Rebelo entsprechende Absichtserklärungen unterschrieben.

Bei der Meeresforschung geht es um die Wiederbelebung der Zusammenarbeit im Anschluss an eine intensive Phase der Kooperation im letzten Jahrzehnt. Hintergrund der Forschungszusammenarbeit bei den wirtschaftsstrategischen Rohstoffen ist der brasilianische Reichtum an Rohstoffen und Seltenen Erden. Hier sollen noch in diesem Jahr konkrete neue Projekte vorbereitet werden. Im Bereich der Bioökonomie besteht die Absicht, die Zusammenarbeit durch eine baldmöglichste bemeinsame förderbekanntmachung weiter auszubauen.

Der Staatssekretär Dr. Georg Schütte und der Forschungsminister Aldo Rebelo verständigten sich, die nächste Tagung der gemeinsamen Kommission über die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit Ende 2016/Anfang 2017 in Deutschland durchzuführen.

Bei den Gesprächen des Staatssekretärs Matthias Machnig wurde vereinbart, die Zusammenarbeit im Bereich der Qualitätsinfrastruktur weiter zu fördern und zu stärken. Dazu wurde eine Erklärung zwischen der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) und der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM) mit dem brasilianischen Nationalen Institut für Metrologie, Qualität und Technologie (INMETRO) getroffen. Das INMETRO ist das brasilianische Äquivalent zur PTB. Es ist zuständig für alles, was mit verlässlichem Messen zu tun hat und deshalb ein wichtiger Grundpfeiler für den Handel innerhalb Brasiliens sowie für die Einbindung Brasiliens in den Weltmarkt.

Innovation:

Durch eine vom Staatssekretär Matthias Machnig unterzeichnete gemeinsame Erklärung wird die Absicht bekräftigt, die bereits zwischen beiden Ländern bestehende wirtschaftliche Zusammenarbeit in Technologie und Innovation zu vertiefen und betont, dass gemeinsam Forschungs- und Entwicklungsprojekte für die mittelständischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen beider Länder von Bedeutung sind, um deren Wettbewerbsfähigkeit und Internationalisierung zu stärken. Dazu ist eine Ausschreibung veröffentlicht, die deutsche und brasilianische Unternehmen sowie kooperierende Forschungseinrichtungen zur gemeinsamen Einreichung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten aufruft ([www.zim-bmwi.de](http://www.zim-bmwi.de)).

Im Gespräch des Staatssekretärs Dr. Georg Schütte wurde u. a. auf das erfolgreiche Engagement der Fraunhofer-Gesellschaft in der Zusammenarbeit insbesondere mit der brasilianischen Agentur für Forschung und industrielle Innovation (EMBRAPPI) verwiesen, die weiter ausgebaut wird.



34. Abgeordneter  
**Özcan Mutlu**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der Stand der Planungen bezüglich der Auferlegung eines mittelfristig bundesweiten Stipendienprogrammes zur finanziellen Förderung von Ausgleichsmaßnahmen für Antragsteller und Antragstellerinnen mit Wohnsitz in Deutschland, die keine Ansprüche nach dem SGB II oder dem SGB III haben, (siehe Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD für die 18. Legislaturperiode, S. 38)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Stefan Müller  
vom 01. September 2015**

Die Bundesregierung wird – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – prüfen, ob mittelfristig ergänzend zum ESF-kofinanzierten Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung – IQ“ ein bundesweites Stipendienprogramm zur finanziellen Förderung von Ausgleichsmaßnahmen für Antragsteller mit Wohnsitz in Deutschland aufgelegt werden sollte, die keine Ansprüche nach dem SGB II oder dem SGB III haben. Grundlage der Prüfung sind entsprechend dem Koalitionsvertrag die Erfahrungen zu den tatsächlichen Bedarfen und Zahlen aus dem erst im Januar 2015 gestarteten neuen Handlungsschwerpunkt „Qualifizierung im Kontext des Anerkennungsgesetzes“ im IQ-Förderprogramm. Im Rahmen dieses neuen Handlungsschwerpunktes sind alle notwendigen Qualifizierungsmaßnahmen, die sich aus den jeweiligen Anerkennungsverfahren nach dem Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz oder den fachrechtlichen Regelungen (z. B. Bundesärzteordnung, Gesetz über die Berufe in der Krankenpflege usw.) inklusive möglicher notwendiger Sprachanforderungen ergeben, förderfähig. Ebenso können die Projektträger bis zu 10 Prozent der Projektmittel für die Sicherung von Individualbedarfen verwenden, darunter z. B. für den Lebensunterhalt der Anerkennungssuchenden während einer Qualifizierungsmaßnahme oder andere Kosten.

Erst wenn erkennbar ist, welche Bedarfe im IQ-Qualifizierungsprogramm entstehen, ist eine seriöse Prüfung eines Stipendienprogramms möglich.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

35. Abgeordneter  
**Omid Nouripour**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass zivile Aufbauarbeiter in Afghanistan bei der gegenwärtigen und auch im Falle einer weiteren Verschärfung der Sicherheitslage im Land weiter ihrer Arbeit nachgehen können?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Thomas Silberhorn  
vom 2. September 2015**

Zivile Unterstützungsmaßnahmen wie die Entwicklungszusammenarbeit sind auf ein Mindestmaß an Sicherheit angewiesen, um wirksam zu sein. Sie sind nicht geeignet, Kampfhandlungen zu beenden. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit kann daher langfristig nur in denjenigen Provinzen und Distrikten arbeiten, in denen die afghanischen Sicherheitskräfte aus eigenen Mitteln gemeinsam mit der lokalen Bevölkerung in der Lage und willens sind, ein hinreichend sicheres Arbeitsumfeld zu garantieren.

Um die persönliche Sicherheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der deutschen Entwicklungszusammenarbeit und des zivilen Wiederaufbaus sicherzustellen sowie die Umsetzbarkeit des Portfolios in Afghanistan auch unter den in Afghanistan herrschenden Sicherheitsbedingungen zu gewährleisten, haben das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und das Auswärtige Amt im November 2008 die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH mit dem Risikomanagement für alle im Auftrag der Bundesregierung tätigen entwicklungspolitischen und zivilen Aufbauorganisationen beauftragt. Hierzu wurde das so genannte Risk Management Office (RMO) eingerichtet.

Das RMO stellt den in Afghanistan tätigen deutschen Durchführungsorganisationen Analysen und Informationen bereit, leistet Projektunterstützung sowie Beratung zu konflikt- und kontextsensibler Umsetzung und bietet Schulungen an. Darüber hinaus gewährleistet das RMO logistische Unterstützung bei Bewegungen von nationalen und internationalen Fachkräften im Land. Das RMO hat sich bewährt und wird vor dem Hintergrund möglicher und tatsächlicher Veränderungen der sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen laufend angepasst und weiterentwickelt.

Die im Auftrag der Bundesregierung tätigen zivilen Organisationen passen ihre Projektumsetzungs- und Steuerungsmodalitäten laufen den jeweiligen Rahmenbedingungen an. So kann es die Sicherheitslage beispielsweise erfordern, dass deutsche und internationale Fachkräfte zeitweise von zu Hause, von einem anderen Standort oder auch von außerhalb des Landes arbeiten.

Berlin, den 4. September 2015



